

Inhaltsverzeichnis

17.09.2013 Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten

Sitzungsdokumente

Einladung Ausschüsse
Niederschrift ö BürgA 26.06.2013

Vorlagendokumente / Antragsdokumente

Top Ö 6

Anregung nach § 24 GO vom 17.06.2013 betr. Energiewende ohne Fracking	Vorlage: 413/2013-SUA
Vorlage	
Vorlage: 413/2013-SUA	Vorlage: 413/2013-SUA
Anregung	

Einladung



Sitzung Nr.	57/2013
BürgA Nr.	3/2013

An die Mitglieder
des **Ausschusses für Bürgerangelegenheiten**
der Stadt Bornheim

Bornheim, den 29.08.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Sitzung des **Ausschusses für Bürgerangelegenheiten** der Stadt Bornheim lade ich Sie herzlich ein.

Die Sitzung findet am **Dienstag, 17.09.2013, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2**, statt.

Die Tagesordnung habe ich im Benehmen mit dem Bürgermeister wie folgt festgesetzt:

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 45/2013 vom 26.06.2013	
5	Anregung nach § 24 GO vom 03.06.2013 betr. Ressourcen für die sonderpädagogische Förderung im Haushalt der Stadt Bornheim	Ergänzung 331/2013-4
6	Anregung nach § 24 GO vom 17.06.2013 betr. Energiewende ohne Fracking	413/2013-SUA
7	Anregung nach § 24 GO vom 05.07.2013 betr. Berücksichtigung Baugebiete Herseler Straße, Fuhrweg/Koblenzer Straße und Maarpfad bei der vorrangigen Wohnbauflächenentwicklung in Roisdorf	404/2013-7
8	Anregung nach § 24 GO vom 11.08.2013 betr. aktuelle Kinderbetreuungssituation in Walberberg	439/2013-4
9	Anregung gem. § 24 GO vom 27.08.2013 betr. Kinderbetreuungssituation in Walberberg	450/2013-4
10	Anregung gem. § 24 GO vom 27.08.2013 betr. Busverkehr Schulkinder aus Kardorf zur Grundschule Rösberg	451/2013-4
11	Anregung gem. § 24 GO vom 27.08.2013 betr. Beibehaltung des Peter-Fryns-Platzes als Parkplatz	454/2013-9
12	Anfrage des RM Stadler vom 28.08.2013 betr. Störung der Nachtruhe im Bereich Parkplatz Friedrichstraße in Roisdorf	455/2013-3
13	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
14	Anfragen mündlich	

Mit freundlichen Grüßen

Gezeichnet: Thorsten Knott
(Vorsitzende/r)

beglaubigt:

(Verwaltungsfachwirtin)

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
10	Anregung nach § 24 GO vom 15.05.2013 betr. Verkehrs- und Sicherheitsverhältnisse auf dem Heerweg in Waldorf	317/2013-9
11	Anregung nach § 24 GO vom 21.05.2013 betr. Beschilderung an der Aeltersgasse in Bornheim	312/2013-9
12	Anregung nach § 24 GO vom 03.06.2013 betr. Ressourcen für die sonderpädagogische Förderung im Haushalt der Stadt Bornheim	331/2013-4
13	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
14	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Thorsten Knott eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten beschlussfähig ist.

Der Ausschuss beschließt die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zusammen zu behandeln.

Stimmenverhältnis:
- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1 – 14.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Keine

4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 10/2013 vom 06.02.2013	
----------	--	--

Beschluss

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 10/2013 vom 06.02.2013 keine Einwände.

-Einstimmig-

bei 1 Stimmenthaltung (B 90/Die Grünen)

AM Dr. Pacyna erklärt, dass er sich der Stimme enthalten habe, da er bei der o.g. Sitzung nicht anwesend war.

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 wurden zusammen behandelt.

5	Anregung nach § 24 GO vom 15.11.2012 betr. Verkehrsverhältnisse auf der Wupperstraße in Hersel	014/2013-9
----------	---	-------------------

Die Petentin erläutert ihre Anregung.

Herr Brühl sagt zu, im Rahmen der personellen Kapazitäten und der sonstigen Gegebenheiten, den ruhenden Verkehr in der Wupperstraße verstärkt überwachen zu lassen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und betrachtet die Angelegenheiten als erledigt.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 6 und 5 wurden zusammen behandelt.

6	Anregung nach § 24 GO vom 25.01.2013 betr. Anbringung eines Verkehrszusatzzeichens 250 im Einmündungsbereich der Wupperstraße	091/2013-9
----------	--	-------------------

Die Petentin erläutert ihre Anregung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und betrachtet die Angelegenheiten als erledigt.

- Einstimmig -

7	Anregung nach § 24 GO vom 28.01.2013 betr. Aufstellung der Verkehrszeichen 605 an der Königstraße	084/2013-9
----------	--	-------------------

Der Petent war in der Sitzung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und betrachtet die Angelegenheiten als erledigt.

- Einstimmig -

8	Anregung nach § 24 GO vom 03.05.2013 betr. Fluglärm in Walberberg	275/2013-SUA
----------	--	---------------------

Der Petent war in der Sitzung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters zum reparaturbedingten verstärkten Fluglärm über den nördlichen Ortsteilen von Bornheim und betrachtet die Angelegenheiten als erledigt.

- Einstimmig -

9	Anregung nach § 24 GO vom 13.05.2013 betr. Einrichtung eines Fußgängerüberweges im Servatiusweg	284/2013-9
----------	--	-------------------

Der Petent war in der Sitzung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

1. nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis,
2. empfiehlt auf Antrag aller Fraktionen dem Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften den Bürgermeister zu beauftragen, die Möglichkeit für Fußgänger, an der Kreuzung Servatiusweg/Königsraße die Straße zu überqueren, zu verbessern z.B. Errichtung einer Bedarfsampel oder andere Maßnahmen und
3. bittet den Bürgermeister für die nächsten Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften
 - eine Stellungnahme zu den in der Sitzung des BürgA aufgeworfenen Fragen (Haltelinie, Standorte VZ, Funktion und Leistungsfähigkeit der "Dunkel-Rot-Schaltung, Ergebnisse der Videobeobachtungen und insbesondere dabei auch zum Datenschutz) und
 - eine Mitteilung (ggf. auch mündlich durch den Dezernenten) zu den Ergebnissen der Anliegerversammlung am 04.07.13 in Form einer Ergänzungsvorlage zu Vorlage-Nr. 383 vorzulegen.

- Einstimmig -

10	Anregung nach § 24 GO vom 15.05.2013 betr. Verkehrs- und Sicherheitsverhältnisse auf dem Heerweg in Waldorf	317/2013-9
-----------	--	-------------------

Der Petent erläutert seine Anregung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und empfiehlt auf Antrag aller Fraktionen dem Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften den Bürgermeister zu bitten, Gespräche mit den Anwohnern über Möglichkeiten zur provisorischen Beruhigung des Verkehrs, unter anderem auch die Prüfung von Kissen auf der Fahrbahn, eventl. Privatinitiativen der Anwohner, zu führen und dem Ausschuss über das Ergebnis zu berichten.

- Einstimmig -

11	Anregung nach § 24 GO vom 21.05.2013 betr. Beschilderung an der Aeltersgasse in Bornheim	312/2013-9
-----------	---	-------------------

Der Petent war in der Sitzung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und betrachtet die Angelegenheiten als erledigt.

-Einstimmig-
bei 1 Stimmenthaltung (CDU tw.)

12	Anregung nach § 24 GO vom 03.06.2013 betr. Ressourcen für die sonderpädagogische Förderung im Haushalt der Stadt Bornheim	331/2013-4
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten beschließt, das Thema auf die folgende Sitzung am 17.09.2013 zu vertagen.

- Einstimmig -

13	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
-----------	---	--

Keine

14	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

Keine

Ende der Sitzung: 20:12 Uhr

gez. Thorsten Knott
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung

Ausschuss für Bürgerangelegenheiten	17.09.2013
-------------------------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	413/2013-SUA
-------------	--------------

Stand	30.07.2013
-------	------------

Betreff Anregung nach § 24 GO vom 17.06.2013 betr. Energiewende ohne Fracking

Beschlussentwurf

Der Bürgerausschuss nimmt Kenntnis von der Eingabe nach § 24 GO zum Thema Fracking und den Erläuterungen des Bürgermeisters hierzu und sieht die Eingabe damit als erledigt an.

Sachverhalt

Die Bürger Dr. Thiele und Professor Mohr aus Mülheim an der Ruhr haben zum Thema Fracking eine Eingabe nach § 24 GO u.a. bei der Stadt Bornheim gemacht. Die Eingabe ist beigefügt.

Unter „Fracking“ versteht man die Gewinnung unkonventioneller Gasvorkommen unter Einsatz von Wasser, Chemikalien und hohem Druck. Dabei wird die gasführende Gesteinsschicht quasi aufgebrochen und ermöglicht die Gewinnung des freiwerdenden Gases. Die Gewinnung erfolgt normalerweise in mehreren 1000 Metern Tiefe. Gleichwohl bestehen Bedenken bzgl. der Umweltverträglichkeit dieser Gewinnungsmethode, vor allem für Grund- und Trinkwasser. Der Bund und das Land NRW stehen der Methode skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Auch der Nordrhein-Westfälische Städte- und Gemeindebund teilt diese Skepsis.

„Beschluss des StGB NRW-Präsidiums zum Fracking

Das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW hat sich in seiner Sitzung am 27.06.2013 mit den Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zur Gewinnung von unkonventionellen Erdgasvorkommen (Fracking) und der geltenden Genehmigungspraxis in NRW befasst. Da der Geschäftsstelle aus Anfragen bekannt ist, dass die Kommunen z. Z. mit Eingaben nach § 24 GO zu diesem Thema befasst werden, weisen wir nachstehend auf den vom Präsidium gefassten Beschluss zum Fracking hin.

1. Das Präsidium begrüßt, dass die Landesregierung keine Genehmigungen für die Erkundung oder Gewinnung von unkonventionellen Erdgasvorkommen unter Einsatz von Chemikalien (sog. Fracking) erteilen wird, solange keine ausreichenden Erkenntnisse vorliegen, um Gefährdungen von Mensch und Umwelt sowie insbesondere der Trinkwasserversorgung sicher ausschließen zu können.

2. Das Präsidium sieht es als erforderlich an, nicht nur auf den Schutz von Wasserschutzgebieten oder Heilquellenschutzgebieten abzustellen. Vielmehr muss grundsätzlich sichergestellt sein, dass durch etwaige Folgeschäden weder die Trinkwassergewinnung und

der Naturhaushalt noch die bauliche und landwirtschaftliche Nutzung von Grundstücken beeinträchtigt werden.

3. Das Präsidium bekräftigt seine Unterstützung der Landesregierung darin, sich auf Bundesebene für eine Änderung des Bundesberggesetzes und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben einzusetzen, die eine Gefährdung dieser Schutzgüter ausschließt und insoweit über die bisherigen Änderungsvorschläge hinausgeht. Darüber hinaus muss verfahrensrechtlich eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit und der Kommunen sichergestellt werden.“

Die Eingabe hat zum Ziel, den Beschwerdeausschuss bzw. den Rat über die kritische Sichtweise der Mühlheimer Bürger zu informieren. Dem wird hiermit gefolgt. Sämtliche Entscheidungskompetenzen beim Thema Fracking liegen darüber hinaus beim Bund bzw. den Ländern.

Anlagen zum Sachverhalt

Anregung

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED] den 17.06.2013

Eingaben gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW
Korbacher Resolution / online-Petition
Energiewende ohne Fracking

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantragen wir die Behandlung unserer Eingabe "Energiewende ohne Fracking" i.S. einer Eingabe gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW im Rahmen Ihrer nächsten Ratssitzung.

Begründung:

Die Gutachten der Landesregierung über „Fracking in unkonventionellen Gaslagerstätten von NRW“ und des Umweltbundesamtes über „Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten“ aus August bzw. September 2012 zeigen die Risiken der Anwendung der Fracking-Methode auf.

Für eine sachgerechte Risikoanalyse bestehen noch erhebliche Wissenslücken - insbesondere bezüglich der im Frackfluid und im Backflow enthaltenen Stoffe und der an eine Raumverträglichkeitsanalyse zu stellenden Kriterien. Daher kann Fracking nach derzeitigem Wissensstand nicht ohne Risiken für Mensch und Umwelt genehmigt werden.

Es ist zu befürchten, dass im Falle der Genehmigung von Fracking nachfolgende Generationen wie beim Kohlebergbau und bei der Nutzung der Kernenergie Folgeschäden und die durch sie verursachten möglichen Folgekosten zu tragen haben.

Die Energiewende mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und der Abkehr von der Energiegewinnung aus fossilen Energierohstoffen ist beschlossen. Mit der Energiewende wird der Energiebedarf absehbar abnehmen, auch wenn Gas für Gas- und Dampfturbinenkraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplung als Übergangstechnologien der Energiewende benötigt wird. Wasserstoff und Methan aus erneuerbaren Quellen werden das Gasangebot ergänzen. Somit wird auch der Bedarf an fossilem Erdgas abnehmen. "Die Gewinnung von Erdgas durch Fracking ist für die Energiewende entbehrlich." Zu diesem Ergebnis kommt der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (siehe Pressemitteilung vom 31.05.2013 zur Veröffentlichung der Stellungnahme "Fracking zur Schiefergasgewinnung - Ein Beitrag zur energie- und umweltpolitischen Bewertung").

[Redacted]

Auf kommunaler Ebene wird bereits in zahlreichen Beschlüssen, Resolutionen und Entschlüssen die gesetzliche Verankerung zum vollständigen Verzicht auf die Anwendung der Fracking-Methode gefordert.

Auf Bundesebene konnte noch keine Mehrheit dafür gefunden werden, die Rechtsgrundlagen entsprechend zu ändern. Es wird weiterhin versucht, über eine gesetzliche Verankerung der UVP-Pflicht für Fracking im Bundesberggesetz und entsprechende Anpassungen des Wasserhaushaltsgesetzes eine Genehmigungsbasis für Fracking zu schaffen.

Die Unterzeichner dieser Eingabe befürworten daher die klaren Forderungen der Korbacher Resolution:

- sofortige ausnahmslose Abkehr von sämtlichen Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger
- genereller Verzicht auf Importe von und Handel mit „gefrackten“ fossilen Energieträgern
- Novellierung des Bergrechts mit Einführung der höchsten Umweltstandards und der Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit
- konsequente Umsetzung der politisch beschlossenen Energiewende.

Ziel:

Mit der vorliegenden Eingabe gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW möchten wir auf die Korbacher Resolution und die Unterschriftenaktion der Online-Petition an Bundestag und Länderparlamente hinweisen (siehe <http://www.petition-fracking.de>).

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie sich als politische Vertreter Ihrer kommunalen Gebietskörperschaft durch Ihre Unterschrift und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema positionieren würden.

Nähere Informationen zum Thema "Fracking" können Sie beispielsweise auf der Webseite <http://www.buendnis-no-fracking.de> einsehen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne auch persönlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

[Redacted signature]

Inhaltsverzeichnis

57/2013, 17.09.2013, Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten	1
Sitzungsdokumente	
Einladung Ausschüsse	2
Niederschrift ö BürgA 26.06.2013	3
Vorlagendokumente	
TOP Ö 6 Anregung nach § 24 GO vom 17.06.2013 betr. Energiewende ohne Fracking	
Vorlage 413/2013-SUA	8
Anregung 413/2013-SUA	10
Inhaltsverzeichnis	12